

ANTRÄGE

1) Referat Standesamt und Referat Gewerbeverfahren – Öffnungszeiten

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bürgerkontakt ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Verwaltung. Im 21. Jahrhundert sehen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Abteilungen der Stadt Graz als Servicekräfte für die Menschen dieser schönen Stadt. Öffnungszeiten und Onlinemöglichkeiten spielen dabei eine wesentliche Rolle. Verwaltung soll rasch, effizient und kundenorientiert sein.

Damit die ohnehin schon sehr gute Angebotsleistung des Bürgerinnenamtes weiter verbessert werden kann, ist es sicherlich notwendig, die Öffnungszeiten den modernen Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

In diesem Zusammenhang ist leider zu festzustellen, dass es keine Möglichkeit gibt, nach 15.00 Uhr einen Termin in den Referaten (Ausnahme: Referat ServiceCenter) zu bekommen.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat tritt an die Mag.-Abt. 2 - BürgerInnenamt mit dem Ersuchen heran, zu prüfen, ob eine einmalige wöchentliche Öffnung zwischen 16.00 und 18.00 Uhr im Referat Standesamt und im Referat Gewerbeverfahren sinnvoll und zweckmäßig ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Petition an das Land Steiermark: Vorbereitungsklassen für Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Leider nimmt trotz intensiver Bemühungen um sprachliche Frühförderung die Zahl jener 6-jährigen Kinder ständig zu, die in Graz in die erste Klasse Volksschule kommen sollen und wegen zu geringer Deutschkenntnisse voraussichtlich dem Unterricht nicht folgen können. Die praktische Erfahrung zeigt, dass immer mehr Kinder, die mit sehr geringen Deutschkenntnissen ihre Schullaufbahn beginnen, ihren sprachlichen „Defizitrucksack“ bis zum Ende der Schulpflicht mittragen und nach neun Jahren noch immer nicht sinnerfassend lesen können. In weiterer Folge sind ihre Chancen auf Weiterbildung, Arbeitsmöglichkeiten und Lehrstellen sehr gering. Wir müssen daher neue Wege suchen, um möglichst allen jungen Menschen gute Zukunftschancen zu eröffnen.

Andere Bundesländer, beispielsweise Wien, arbeiten bereits an neuen Formen der Förderung vor der Aufnahme in die erste Klasse. In anderen Staaten haben sich Vorbereitungsklassen gut bewährt. Daher sollte man auch in der Steiermark als ersten Schritt ein dahingehendes Pilotprojekt in der Stadt Graz ermöglichen. Dazu ist die Bewilligung des Schulressorts des Landes erforderlich.

Daher stelle ich namens des ÖVP- Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Das Land Steiermark wird auf dem Petitionswege ersucht, die Einführung von Vorbereitungsklassen für Kinder, die auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse dem Regelunterricht nicht folgen können, zu ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Errichtung eines Fahrverbotes ausgenommen Anrainer „Am Weinhang“

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Bezirk Straßgang gibt es in letzter Zeit eine rege Bautätigkeit. Vom Gemeinderat wurden neben anderen Wohnbauprojekten auch einige Bebauungspläne größeren Ausmaßes, wie z.B. die Martinhofsiedlung mit ca. 760 Wohnungen und die Green City mit ca. 700 Wohnungen, beschlossen - wobei in der Martinhofsiedlung bereits in diesem Jahr viele Menschen ihre neuen Wohnungen beziehen werden.

Straßgang, Wetzelsdorf und Puntigam sind in Zukunft stark wachsende Bezirke. Straßgang hat aber auch einige Naherholungsgebiete, wie die Bründlteiche, den Buchkogel und den Florianiberg. Diese Naherholungsgebiete werden in Zukunft für die ganze Stadt eine größere Bedeutung erhalten. Daher ist es unbedingt notwendig, den Menschen in einer wachsenden und verdichteten Stadt Freiräume in der Natur zu gewährleisten.

Eines dieser Naherholungsgebiete liegt beim Schloss St. Martin und wird von sehr vielen Menschen auch täglich benutzt. Ob Wanderer, Spaziergänger, Familien mit Kindern oder Sportler - täglich sind hier Menschen in ihrer Freizeit unterwegs.

Es gibt aber auch immer häufiger Leute, die ihre Autos auch für ein paar Schritte nicht entbehren können. Trotz des großen Parkplatzes beim Schloss St. Martin und der vielen Parkplätze am Beginn der Straße „Am Weinhang“ fahren viele bis zum Ende der Straße und parken direkt an den Waldwegen. Es ist schon vorgekommen, dass abgerutschte Autos von der Feuerwehr entfernt werden mussten. Viele Menschen fühlen sich vor allem an den Wochenenden von den zufahrenden Autos belästigt.

In dem genannten Abschnitt gibt es nur drei Anrainer, welche genügend Parkplatz für sich und ihre BesucherInnen auf ihren eigenen Grundstücken zur Verfügung haben.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Straßenamtes werden aufgefordert, an der Straße „Am Weinhang“ eine Fahrverbotstafel ausgenommen Anrainer unmittelbar nach Ende des offiziellen Parkplatzes zu errichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Maßnahmen für mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Den Artikel „112 Badewannen voll Müll aus Bus und Bim“ vom 11. Jänner 2015 in „derGrazer“ nehme ich zum Anlass, mit einem neuerlichen Vorstoß bezüglich Sauberkeit und Hygiene in unserer Stadt an Sie heranzutreten.

Die Verschmutzung unserer Stadt mit Abfällen aller Art und das achtlose Wegwerfen von Zigarettenstummeln im öffentlichen Raum sind immer wieder Thema in unserer Stadt. Auch ich selbst beschäftige mich bereits seit einiger Zeit mit dieser Problematik. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, auf meine Initiativen „Antrag/Stark verschmutzte Haltestellen“ vom 27. 2. des Vorjahres sowie die „Anfrage zur Beantwortung des Antrags vom 27.2.2014“ am 13. 11.2014 hinzuweisen.

Vor allem die in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich ausgeprägte Sauberkeit sehe ich kritisch. Wer behauptet, dass Graz jeden Tag frisch geputzt beginnen kann (wie in der Oktoberausgabe der BIG behauptet wird), muss der Auffassung sein, die Stadt Graz umfasse lediglich das Gebiet des unmittelbaren Stadtzentrums.

Da aber nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt ihre Abgaben zur Reinhaltung entrichten, sollten gerechterweise alle Grazerinnen und Grazer Anspruch auf Sauberkeit in ihren jeweiligen Stadtteilen haben dürfen.

Es wird zwar eine App für Smartphones entwickelt und getestet (was auch nicht hinlänglich bekannt ist), und es gibt die 24-Stunden-Hotline der Holding Services im Falle von Problemen mit Verschmutzung, jedoch sind weder jeder Mann und jede Frau mit exklusiven Mobiltelefonen ausgerüstet, noch möchte man im Falle der Beschwerde durch längeres Warten in Warteschleifen aufgehalten sein.

Was das achtlose Wegwerfen von Zigarettenstummeln im öffentlichen Raum betrifft, so weise ich darauf hin, dass Zigarettenstummel keineswegs biologischen Abfall, wie oft fälschlich angenommen, darstellen. Diese bestehen nämlich nicht aus Papier, sondern aus Zelluloseacetat. Dieser Stoff ist schwer abbaubar. Außerdem sind in den Filtern von Zigarettenstummeln zahlreiche Giftstoffe gesammelt. Von dort gelangen sie in die Natur.

Die Strafen für achtlos weggeworfene Kippen belaufen sich in Wien auf 36 Euro und werden übrigens von eigenen „Waste Watchers“ eingehoben. In Graz bezahlt man über die Ordnungswache den vergleichsweise sehr günstigen Betrag von 10 Euro.

Aus meinen Gesprächen mit Bediensteten der Ordnungswache weiß ich, dass so gut wie ausschließlich wiederum in den Zentren patrouilliert wird. Es stellt sich die Frage, ob es die Dichte an Patrouillen beispielsweise an der Murpromenade tatsächlich braucht und ob sie andernorts nicht dringender gebraucht würden.

Um der komplexen Verschmutzungsproblematik in unserer Stadt Herr zu werden, halte ich ein gezieltes Maßnahmenpaket für geeignet. So sollte einerseits die Routenplanung bei den Reinigungstouren der Holding und bei Ordnungswachepatrouillen neu überdacht werden, damit nicht nur unsere Zentren als Schmuckkästchen brillieren, sondern damit sich künftig jeglicher Stadtteil lebens- und besuchenswert darstellt. Außerdem wäre eine Info-Kampagne für mehr Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Abfällen sinnvoll. Beispielsweise könnten lustige Karikaturen an Haltestellen zur Bewusstseinsbildung beitragen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz und der Beteiligungsreferent werden gebeten, gemeinsam mit VertreterInnen der Holding sowie der Ordnungswache eine Aktualisierung der Routenplanung zu erarbeiten, damit eine sinnvolle Verteilung der Reinigungstouren sowie der Ordnungswachepatrouillen auf dem gesamten Grazer Stadtgebiet erreicht werden kann. Außerdem soll eine Info-Kampagne mit ermunternden Botschaften für mehr Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Abfällen durchgeführt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Zugang zur GKB-Haltestelle in Webling darf nicht versperrt werden

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Erst kürzlich kam die erfreuliche Meldung über den so wichtigen Erhalt und sicheren Ausbau des Bahnüberganges in der Trattfelderstraße in Graz-Webling. Zahlreichen BenutzerInnen werden so kilometerlange Umwege erspart.

Doch nun kommt die nächste – diesmal schlechte - Nachricht: Die GKB hat entlang des Bahndammes zwischen Grillweg und Kärntner Straße, und zwar in der Ludwig-Benedek-Gasse, mit der Errichtung eines Zauns begonnen, was zur Folge hat, dass man die S-Bahn nicht mehr ohne kilometerlange Umwege zur Haltestelle Webling erreichen kann. Der Zaun versperrt den Zugang zu einem provisorischen Gehweg und vereitelt damit eine schnelle Erreichbarkeit der Haltestelle Webling.

Dabei war die S-Bahn-Haltestelle auf dem provisorischen Gehweg entlang der Bahntrasse gefahrlos und binnen weniger Minuten für alle erreichbar.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates und der Herr Verkehrsstadtrat werden höflichst ersucht, aufgrund der im Motivenbericht erläuterten Gründe zu prüfen, ob die Rückwicklung dieser baulichen Maßnahme rasch umgesetzt werden kann und ob entlang der Bahntrasse zwischen Trattfelder Straße bis zum Schwarzen Weg ein Fußgängerweg gebaut werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Schutzweg Anton-Kleinoscheg-Straße in Gösting

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits im Jahre 2009, unmittelbar nach der Sperre des Bahnüberganges in der Weixelbaumstraße, stellte ich an den Grazer Gemeinderat den Antrag auf Errichtung eines Schutzweges an der Kreuzung Anton-Kleinoscheg-Straße/Exerzierplatzstraße. Mit der Eröffnung des neuen "Wohnparks Gösting" im Jahre 2014 nahm die Frequenz an FußgängerInnen vor allem in Richtung Volksschule Gösting und in Richtung

Einkaufszentrum Wiener Straße deutlich zu. Gefährliche Situationen mit dem Individualverkehr stehen dabei nicht nur für Kinder im Kreuzungsbereich an der Tagesordnung. Mittlerweile fordern auch der Göstinger Bezirksrat und die Betreiber des Wohnparks Gösting die rasche Errichtung eines FußgängerInnenübergangs an besagter Kreuzung ob ihrer extremen Gefährlichkeit.

Ich stelle daher namens des KPÖ Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates und der Herr Verkehrsstadtrat werden höflichst ersucht, nochmals aufgrund der, wie im Motivenbericht erläutert, extrem gefährlichen Situation zu prüfen, ob rasch an besagter Stelle ein Schutzweg errichtet werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Wanderwege rund um Graz uneingeschränkt benutzbar machen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Gemeinderatssitzung am 15. Mai 2014 stellte ich bereits einen Antrag betreffend „Plabutsch, vergessene Naherholung: Wanderrouten müssen offen bleiben.“

Hiezu teilte die Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten Folgendes mit:

„Eine Kontrolle der offiziell ausgewiesenen Wanderwege durch die Verantwortlichen des Hauses Graz ist nicht notwendig, da die Wanderwege eben auch auf unrechtmäßige Sperren hin durch den Wegehalter, den Österreichischen Alpenverein und den dort verantwortlichen Wegewart, kontrolliert werden. Zur Verbotsschilderproblematik ist festzuhalten, dass dieses Phänomen leider nicht nur den Grazer Raum betrifft, sondern viele private Waldeigentümer glauben, durch diese Verbotsschilder könnte Haftungsansprüchen im Falle von Unfällen in ihren Waldbereichen begegnet werden.“

Nun wenden sich jedoch besorgte BürgerInnen an mich, dass leider auch weitere Wanderwege rund um Graz – so gesehen einer in der Ragnitz sowie am Rainerkogel – mittels Verbotsschildern versperrt waren und teilweise noch immer sind und Wanderer/innen auch vertrieben wurden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden höflichst ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Alpenverein und Naturschutzvereinen zu evaluieren, inwieweit die uneingeschränkte Benützung aller Wanderwege rund um Graz für Naherholungssuchende gegeben ist, und gegebenenfalls dafür Sorge zu tragen, dass diese ohne Einschränkungen gewährleistet wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Errichtung eines Spielplatzes im Bereich Opernring

GR. **Grossmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Spielflächen sind eine der Visitenkarten einer Stadt, was Familienfreundlichkeit und speziell Kinderfreundlichkeit betrifft. Graz hat in dieser Hinsicht auch sehr viel zu bieten – mit einer Ausnahme: Im unmittelbaren innerstädtischen Bereich gibt es da „weiße Flecken“. Zwar ist es richtig, dass die Fußgängerzonen einen Bewegungsraum darstellen, der auch Kindern zugute kommt – allerdings wird dieser durch den ÖV-Verkehr bzw. eine intensive Ladetätigkeit deutlich eingeschränkt.

Umso wichtiger wäre es daher, auch im innerstädtischen Bereich mehr Spielflächen anzubieten: Viele Kinder begleiten ihre Eltern bei Amtswegen, die Innenstadt ist regelmäßig gerne besuchtes Ziel vieler Familien, die Zahl der Touristinnen und Touristen mit Kindern steigt stetig – für diese alle wäre ein Spielplatz sicher ein ideale Anlaufstelle für einen Zwischenhalt; nicht zu vergessen selbstverständlich auch die Familien, die in der Innenstadt wohnen. Als möglicher Standort könnte sich der Bereich Opernring – etwa vor dem Atelier von Christian Jungwirth oder vor dem Lichthaus zur Oper eignen.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen im Sinne des Motivenberichts beauftragt werden zu prüfen, inwieweit die Errichtung eines Kinderspielplatzes im Umfeld des Opernrings möglich ist und gegebenenfalls die entsprechenden Schritte zur Realisierung zu setzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Beschilderung der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof

GR. **Mogel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Tritt man aus dem Bahnhofsgebäude des Hauptbahnhofs Graz auf den Vorplatz, um in weiterer Folge mit der Straßenbahn von der nun unterirdisch geführten Haltestelle „Hauptbahnhof Graz“ seinen Weg fortzuführen, steht man vor dem Problem, nicht sofort den für seine Fahrt richtigen Abgang zur Haltestelle zu erkennen.

Die dort angebrachten Ortsbezeichnungen sind für Ortsunkundige oder gar nicht Deutsch sprechende Benutzer kaum erkennbar. Das für die Zentrums kennzeichnung vorgesehene Symbol geht durch die Farbgestaltung und die Mehrzahl der angebrachten Symbole unter.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen auf die Holding Graz GmbH dahingehend Einfluss nehmen, beim Haltestellenabgang am Hauptbahnhof Graz zur Straßenbahn (auf der Bahnhof zu- und abgewandten Seite) entweder das Symbol für Zentrum farblich hervorzuheben oder die jeweilige Bezeichnung um den Schriftzug „Zentrum“ zu erweitern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Wasserversorgung

GR. **Mogel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Glaubt man dem jetzigen Stand der Krisenforschung, ist die wahrscheinlichste Bedrohung einer Stadt in Mitteleuropa zur Zeit nicht der durch Terror oder soziale Unruhen verursachte Ausnahmezustand oder ein durch Naturkatastrophen verursachter länger (einige Wochen) andauernder Versorgungsengpass, sondern ein plötzlich eintretender und länger anhaltender (2 – 3 Tage) Stromausfall (Blackout).

Zu diesem Thema hat am 25.11.2014 eine Sitzung des Bezirkskoordinationsausschusses Graz–Stadt mit durchaus interessanten und erhellenden Einzelvorträgen stattgefunden. Unter anderem ist auch die Frage nach der flächendeckenden Wasserversorgung der einzelnen Haushalte über die jeweiligen Hauswasserleitungen im Falle „Plötzlich Blackout“ zur Sprache gekommen. Diese Frage

wurde aber leider nicht beantwortet (Möglicherweise, wurde bis lang noch nicht untersucht.).

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen bzw. durchführen zu lassen, ob im Falle eines länger (2-3 Tage) anhaltenden Stromausfalls in Graz (Blackout) die Wasserversorgung der einzelnen Haushalte flächendeckend gewährleistet werden kann. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist sodann dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Nutzung des ehemaligen Gemeinde- und Bezirksamtes Eggenberg

GR. Mag. **Moser** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Da nun auch die Polizei aus dem ehemaligen Gemeinde- und Bezirksamtsgebäude in Eggenberg, Eckertstraße 66, ausgezogen ist, ist es der Wunsch vieler Eggenberger und des Bezirkrates Eggenberg, dass ein Teil des Gebäudes (zumindest das Erdgeschoss) zur Nutzung für die Bevölkerung und den Bezirksrat erhalten bleibt. Derzeit finden eine

Diskussion und eine Bedarfserhebung darüber innerhalb des Bezirkes und des Bezirksrates Eggenberg statt. So sollten die Räumlichkeiten kostengünstig den örtlichen, insbesondere alteingesessenen Vereinen als Begegnungsstätte für Musik, Gesang, Bewegung und andere kreative Tätigkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus hat der Bezirksrat keine Räumlichkeiten, um die Sitzungen des Bezirksrates sowie die öffentlichen Sprechstunden abzuhalten. Die Servicestelle am Bahngürtel wird von der Bevölkerung für diese Zwecke leider nicht angenommen. Wie hinlänglich bekannt ist, hat sich die Bevölkerung ja gegen die Schließung des Bezirksamtes in Eggenberg ausgesprochen.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beteiligungsreferent der Stadt Graz, Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ersucht, der GBG die weitere Nutzung des ehemaligen Gemeinde- und Bezirksamtes im Sinne des Motivenberichtes vorzuschlagen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Wiederaufnahme der Beratung und Förderung zur Revitalisierung und Erhaltung von Innenhöfen im Bereich der Blockrandbebauung

GR.ⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den Jahren 2006 bis 2008 fand unter Federführung des Stadtplanungsamts in Kooperation mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer ein breit angelegtes Partizipationsprojekt zur Wiederherstellung und Belebung von Innenhöfen statt. Im Rahmen dieses Projekts wurden einige Innenhöfe revitalisiert und gemeinsam mit den AnwohnerInnen neu gestaltet. Weiters wurde eine regelmäßige Beratung für Grazerinnen und Grazer, die in ihren Höfen aktiv werden wollen, eingerichtet und Fördermittel zum Anstoß von Revitalisierungsmaßnahmen vergeben. Als Ergebnis des Projekts „Grazer Innenhöfe beleben“ wurde auch eine Förderschiene in Höhe von 10.000,- bis 20.000,- Euro/Jahr empfohlen.

Derzeit finden sich – außer einer Information über eine mögliche Landesförderung für die Entsiegelung in Innenhöfen – keine Hinweise darauf, dass das Projekt von der Stadt Graz weiter betrieben wird. In Kombination mit einer guten Erstberatung durch die Stadt könnte schon eine geringe Förderung von z.B. 500,- Euro pro Projekt ein toller Anreiz sein, Innenhöfe grüner und lebendiger werden zu lassen.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen Stadtplanung und Abteilung für Grünraum mögen die Beratungstätigkeit, verbunden mit einer eigenen Förderschiene für Maßnahmen zur Revitalisierung von Innenhöfen, wieder aufnehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Kindergarten der Österreichischen Hochschülerschaft – Sicherstellung des Standorts bis zur geplanten Übersiedlung

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz hat mit Stadtsenatsbeschluss vom 31.10.2014 den seit 1953 bestehenden Pachtvertrag mit den Kinderfreunden für ein Gebäude in der Hochsteingasse 16 aufgelöst. Das städtische Grundstück, auf dem dieses Gebäude steht, soll an die WKO Steiermark verkauft werden.

Daraus ergibt sich nun aber eine problematische Situation für den Kindergarten der Österreichischen Hochschülerschaft, der im Gebäude in der Hochsteingasse 16 untergebracht ist. Die Österreichische Hochschülerschaft stellt schon längere Zeit Überlegungen an, mit ihrem Kindergarten zu übersiedeln, da das Gebäude in der Hochsteingasse 16 renovierungsbedürftig und für einen Kindergartenbetrieb auf längere Sicht nicht geeignet ist. Allerdings konnte seitens der ÖH bisher noch keine fixe Vereinbarung für einen Neubau bzw. neuen Mietvertrag getroffen werden. Geplant ist die Übersiedlung an einen neuen Standort mit Herbst 2016.

Um es der Österreichischen Hochschülerschaft zu ermöglichen, einen geeigneten neuen Standort für ihren Kindergarten zu sichern stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG daher folgenden

A n t r a g :

Die Abteilung für Immobilien der Stadt Graz wird beauftragt, im Zuge der Verkaufsverhandlungen mit der Wirtschaftskammer Steiermark sicherzustellen, dass der Käufer der Österreichischen Hochschülerschaft die Möglichkeit einräumt, bis zur geplanten Übersiedlung im Herbst 2016 das Gebäude in der Hochsteingasse 2016 weiter zu nutzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina S c h r ö c k schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.25 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Der Schriftführer:

Die Schriftprüfer:

Wolfgang Polz

GR. Mag. Rudolf Moser

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb